

Macht ein «Bürgerdienst für alle» Sinn?

In dreieinhalb Wochen stimmen wir über die Service-citoyen-Initiative ab. Während sich die Befürworter vom Bürgerdienst für alle eine stärkere Gemeinschaft und mehr Tatkraft in Krisenzeiten versprechen, befürchtet die Gegnerschaft zu hohe Kosten und eine Überrekrutierung.

Eva Surbeck (sda)

Am 30. November stimmt die Schweiz über die Service-citoyen-Initiative ab. Sie verlangt einen Bürgerdienst für alle Schweizer Staatsangehörigen. Auch für Ausländerinnen und Ausländer ist eine Dienstpflicht nicht ausgeschlossen. Nachfolgend Fragen und Antworten zur Vorlage:

Wer ist heute dienstpflichtig?

Schweizer Männer müssen heute in der Armee oder im Zivildienst leisten. Wer den Dienst nicht mit dem Gewissen vereinbaren kann, kann einen zivilen Ersatzdienst leisten, der länger dauert als der Militärdienst. Wer den Dienst nicht leisten kann und zwischen 19 und 37 Jahre alt ist, schuldet in der Regel eine Ersatzabgabe. Frauen können freiwillig Dienst leisten.

Was läuft in Sachen Dienstpflicht?

Laut dem Verteidigungsdepartement (VBS) ist mittelfristig die Alimentierung und Einsatzbereitschaft der Armee gefährdet, unter anderem wegen Wechsels zum Zivildienst. Im Zivildienst gibt es bereits einen Unterbestand.

Wie die Dienstpflicht künftig aussehen soll, wird in Bern zurzeit diskutiert. Der Bundesrat schlägt zwei Varianten vor. Eine ist eine Sicherheitsdienstpflicht für Männer, die beim Militär oder in einer künftigen Katastrophenschutz-Organisation geleistet werden müsste – in ihr würden Zivildienst und Zivildienst vereint. Die zweite Variante ist eine «bedarforientierte Dienstpflicht», die neu auch für Frauen gelten würde. Allerdings müsste nur antreten, wer bei Armee und Zivildienst tatsächlich gebraucht wird. Der Zivildienst würde bestehen bleiben. Das VBS muss dem Bundesrat bis Ende 2027 Antrag zum weiteren Vorgehen stellen. Das Parlament hat derweil mit einer Motion gefordert, die Sicherheits-

dienstpflicht für Männer so rasch wie möglich einzuführen. Beschlossen hat das Parlament zudem, dass Zivildienstpflichtige einen Teil ihres Einsatzes beim Zivildienst leisten müssen, wenn der Zivildienst zu wenig Personal hat.

Was fordert die Initiative?

Die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» fordert einen Bürgerdienst für alle Schweizer Männer und Frauen, für die Allgemeinheit und die Umwelt. Das könnte entweder ein Dienst bei der Armee oder im Zivildienst sein oder ein anderer gleichwertiger und gesetzlich anerkannter Milizdienst. Als Beispiele genannt werden Katastrophenschutz, Cyberabwehr, Bildung, Landwirtschaft und das Gesundheitswesen. Wer Dienst leistet, soll einen angemessenen Erwerbsersatz bekommen.

Jede Person soll sich dort einsetzen, wo sie gebraucht wird, die Bedürfnisse von Armee und Zivildienst müssen dabei aber erfüllt sein. Gelten soll die Pflicht für Schweizerinnen und Schweizer. Doch im Gesetz soll später festgelegt werden, ob und – falls Ja – wie auch Menschen ohne Schweizer Pass einen Bürgerdienst leisten müssen. Noch weitere Punkte sind offen und müssen im Gesetz geregelt werden, neben der Höhe des Erwerbsersatzes etwa die Dauer des Bürgerdienstes und die Ersatzabgabe für Nichtdienstleistende.

Was kostet die Dienstpflicht für alle?

Heute werden nach Angaben des Verteidigungsdepartements jedes Jahr rund 35 000 Personen dienstpflichtig. Rund 28 000 verpflichten sich bei Armee, Zivildienst oder Zivildienst. Wä-

ren alle Schweizer Männer und Frauen dienstpflichtig, erhöht sich die Zahl der Rekrutierten auf rund 70 000 im Jahr. Der Erwerbsersatz kostet für die derzeit geleisteten rund acht Millionen Dienstage im Jahr rund 800 Millionen Franken und die Militärversicherung rund 160 Millionen Franken.

Würden auch Frauen dienstpflichtig, würden sich beide Posten etwa verdoppeln auf 1,6 Milliarden respektive 320 Millionen Franken. Dies ginge beim Erwerbsersatz zulasten der Lohnbeiträge und bei der Militärversicherung zulasten des Bundes.

Wer unterstützt die Initiative?

Im Initiativkomitee arbeiten Vertreterinnen und Vertreter von SP, Mitte, FDP, Grünen und GLP mit; die Parlamentsfraktionen GLP und EVP unterstützen das Begehren. Allianzpartner sind

unter anderen die Piratenpartei, die SP-Reformplattform, die Junge Mitte, die Jungen Grünliberalen und die Junge EVP und der Verein Service citoyen.

Was sagen die Befürworter?

Der Bundesrat schiebe Reformen des Dienstpflichtsystems vor sich her, finden die Initiantinnen und Initianten. Angesichts von Naturkatastrophen und Krisen brauche es den Einsatz aller, da Armee und Zivildienst dafür nicht ausreichend Ressourcen hätten. Mit dem Bürgerdienst könnten alle dort ihren Beitrag leisten, wo sie gebraucht würden, und entsprechend ihren Fähigkeiten. Die heutige Wehrpflicht für Männer sei unzeitgemäss und unfair. Da Frauen nicht rekrutiert würden, liege die Hälfte des Potenzials brach.

Wer sind Gegnerinnen und Gegner?

Der Bundesrat empfiehlt ein Nein zur Service-citoyen-Initiative, auch National- und Ständerat haben sie ohne Gegenvorschlag deutlich abgelehnt. SVP, SP, FDP, Mitte und Grüne sagen ebenfalls Nein, ebenso der Arbeitgeberverband, der Gewerkschaftsbund und der Arbeitnehmer-Dachverband Travailsuisse. Auch der Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz will keine Bürgerdienstpflicht.

Was sagt die Gegnerschaft?

Gegnerinnen und Gegner finden, der Bürgerdienst schade der Wirtschaft und der Armee. Doppelt so viele Personen wie heute würden wegen des Dienstes bei der Arbeit fehlen. Auch mit den höheren Kosten für den Erwerbsersatz und Militärversicherung wird argumentiert. Die Gegnerschaft will zudem nicht, dass frisch Ausgebildete eine Zeit lang nicht in ihrem Beruf arbeiten können, sondern Jobs übernehmen müssen, für die sie nicht oder schlecht ausgebildet seien. Der Bundesrat gibt zu bedenken, dass weit über den Bedarf von Armee und Zivildienst hinaus Personen rekrutiert würden.

Ein modernes Milizsystem, das die Gemeinschaft stärkt

PRO

Corina Gredig
GLP-Nationalrätin
Zürich



Wenn ich an die Zeit kurz vor dem Abschluss meiner Berufsmatura zurückdenke, erinnere ich mich besonders an eines: Meine Mitschüler sprachen über die bevorstehende Rekrutenschule oder den Zivildienst. Wir jungen Frauen dagegen erhielten keine Post vom Staat.

Für uns war kein Dienst vorgesehen – unausgesprochen galt: Unser Beitrag würde später kommen. In Form von unbezahlter Sorge-

arbeit, wie bei so vielen Frauen vor uns.

Frauen würden stärker einbezogen werden

Solche Signale bleiben nicht folgenlos. Sie prägen Vorstellungen davon, wer Verantwortung trägt – und in welcher Form. Sie beeinflussen Lebenswege: Wer gilt als zuständig für Kinderbetreuung, für kranke Angehörige, für die Organisation des Familienalltags? Nach wie vor leisten Frauen den Grossteil der Sorgearbeit. Nicht, weil es naturgegeben wäre, sondern weil unsere Strukturen und Erwartungen sie in diese Rolle drängen.

Wenn wir Verantwortung wirklich teilen wollen, muss das dort beginnen, wo das Erwachsenenleben startet. Genau hier setzt die Service-

citoyen-Initiative an: Ob Armee, Zivildienst, Umwelt- und Katastrophenschutz, Gesundheitswesen, Bildung oder soziale Betreuung – jede Person leistet einen Dienst dort, wo sie gebraucht wird. So stärken wir alle Bereiche, die unser Land tragen, und geben jungen Menschen die Chance, ihren Beitrag zu leisten.

Ein solcher Dienst für die Allgemeinheit verbindet. In einer Zeit, in der Individualinteressen oft lauter sind als das Gemeinwohl, brauchen wir ein neues Verständnis von Zusammenhalt. Ein Service Citoyen baut auf dem Milizprinzip auf, erweitert es für unsere Zeit und stärkt Sicherheit, Gemeinsinn und Verantwortung – für eine Schweiz, die zusammenhält.

Die Initiative gefährdet, was funktioniert

CONTRA

Martin Candinas
Mitte-Nationalrat
Graubünden



Die Service-citoyen-Initiative ist gut gemeint, aber sie führt in die falsche Richtung. Sie fordert eine allgemeine Dienstpflicht für alle Bürgerinnen und Bürger – auch für Frauen. Damit würde ein System eingeführt, das unser bewährtes Milizprinzip schwächt und die Landesverteidigung gefährdet.

Die Wehrpflicht für Männer hat sich über Jahrzehnte bewährt. Sie stellt sicher, dass unsere Armee in ausreichendem Masse alimentiert bleibt

und ihren Kernauftrag erfüllen kann: die Verteidigung der Schweiz. Wenn künftig alle frei wählen könnten, ob sie Militär-, Zivil- oder andere Dienste leisten, droht der Armeebestand weiter zu sinken. Sicherheit darf aber nicht vom «Lustprinzip» abhängen. Die Armee braucht die fähigsten Personen und darf nicht geschwächt werden, gerade nicht in einem so unsicheren internationalen Umfeld. Es geht um die Sicherheit der Schweiz.

Auch das Versprechen der Initianten, Sollbestände garantieren und gleichzeitig Wahlfreiheit gewähren zu können, ist widersprüchlich. Beides geht nicht. Die Initiative schafft falsche Erwartungen und gefährdet damit, was funktioniert.

Zudem ist die Einführung einer allgemeinen Dienst-

plicht weder Gleichstellung noch Fortschritt. Frauen leisten bereits heute enorm viel für Familie, Beruf und Gesellschaft. Sie zu einer zusätzlichen Pflicht zu zwingen, wäre ungerecht. Vielmehr müssen wir die Attraktivität der Armee für Frauen weiter verbessern.

Hinzu kommen hohe Kosten und Bürokratie: neue Verwaltungsstellen, zusätzliche Strukturen und erheblicher Aufwand – alles finanziert durch Steuergelder.

Ich stehe klar zur bestehenden Wehrpflicht. Sie sichert den Bestand der Armee und damit die Sicherheit des Landes. Darum stimme ich überzeugt Nein zur Service-citoyen-Initiative – für eine starke Armee, ein verlässliches Milizsystem und eine sichere Schweiz.